



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



BU KO 54

Einladung zum
54. Bundeskongress
der Jungen Liberalen

**Komm zum größten
Bundeskongress aller Zeiten!**

07. bis 09. April 2017
Luise-Albertz-Halle, 46045 Oberhausen

**7.-9.
APRIL
OBERHAUSEN**



PRAXISSEMINAR STUTTGART 2017

Beim Praxisseminar 2017 in Stuttgart widmeten wir uns ein ganzes Wochenende lang den Themen Programmatik, Presse und Organisation. Von Tatortschauspielern bis zu PR-Managerin konnten wir auch viele tolle Referenten in den Workshops begrüßen.

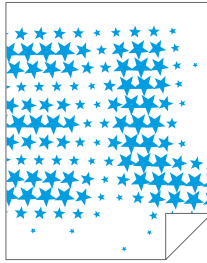




6-7

Ein Phänomen namens Psyche

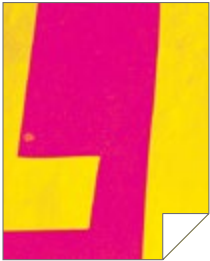
So sehr wir es uns auch wünschen, Politik ist keine rein rationale Angelegenheit. Vielmehr kommt es auf Gefühle und Emotionen an.



8-9

Europa – Quo vadis?

Wenn die EU die letzte Bastion der freiheitlichen Demokratie sein will, dann muss sie sich entwickeln und auch verteidigen können.



20-21

Liberal sein, was heißt das eigentlich?

Wenn wir beweisen wollen, dass der Liberalismus dem Autoritarismus überlegen ist, dann müssen wir ganz genau wissen, wofür wir einstehen. Gerade jetzt.



22-23

Ein Update für die Meinungsfreiheit

Nichts ist für eine Demokratie wichtiger als die Diskussion. Doch wir müssen aufpassen, dass wir diese nicht durch ein Übermaß an political correctness verhindern.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Bist du liberal?
- 6 Ein Phänomen namens Psyche
- 8 Weshalb sich die Menschen einen autoritären Regierungsstil wünschen
- 10 Liberale Welt vs. Autoritarismus
- 12 Europa – Quo vadis?
- 14 Internationale Seite
- 16 Lasst die türkischen Demokraten nicht im Stich!
- 17 Die USA nach der Wahl: The gates unbarred
- 18 Miteinander sprechen
- 20 Liberal sein, was heißt das eigentlich?
- 22 Ein Update für die Meinungsfreiheit
- 23 Impressum

EDITORIAL

Hallo, ihr Lieben!

Am 20. Januar wurde Donald Trump als der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. An seinen Sieg wollten seine Gegner, die Medien und Meinungsforschungsinstitute bis zuletzt nicht glauben. Doch nun ist Präsident Trump endgültig Realität. Und er macht sich auch gleich daran, seine Wahlversprechen umzusetzen. Dabei werden die USA zu einem durch Präsidentenerlasse geprägten Land der Abschottung. Kritiker werden diffamiert und die Gewaltenteilung durch Formulierungen wie „sogenannter Richter“ verhöhnt. Mit Präsident Trump ist eine autoritäre Persönlichkeit im Herzen der westlichen Demokratie angekommen. Doch das Trump'sche Amerika ist letztendlich nur der Höhepunkt einer autoritären Tendenz, die sich in der ganzen Welt ihren Weg bahnt.

Nicht nur Trump, Putin und Erdogan sind Vertreter dieser Bewegung. Auch im liberalen Europa sind die Autokraten angekommen. In Polen und Ungarn regieren sie, in Großbritannien bewarben sie erfolgreich den Brexit, in den Niederlanden und Frankreich bringen sie sich in Position für die kommenden Wahlen. Und in Deutschland macht die AfD Stimmung gegen liberale Werte.

Es ist also höchste Zeit, dass wir Liberale diesen Freiheitsfeinden etwas entgegensetzen. Wir müssen zeigen, welche Vorteile eine liberale Welt gegenüber autoritären Gesellschaften hat. Es sollte nichts geben, was uns leichter fällt.



Eure Laura

PS: Für dieses Jahr sind einige inhaltliche Neuerungen für das j+l geplant. Zu diesen und allem sonst könnt ihr gerne jederzeit Feedback geben. Ich freue mich, von euch zu hören! Ihr erreicht mich unter schieritz@julis.de.

Fragt man die Menschen, welcher politischen Philosophie sie angehören, würde wohl fast jeder den Liberalismus anstatt des Autoritarismus nennen. In diesem Punkt zumindest hat unsere Erziehung nicht versagt. Augenscheinlich wissen wir den Wert der Freiheit zu schätzen und erkennen eine autoritäre Regierungsform als etwas Schlechtes an.

Die Realität beweist uns aber etwas Anderes. Politisch wird Freiheit als eine inhaltsleere Phrase verwendet. Sie hört sich schön an und die Menschen verbinden damit etwas Positives. Den krönenden Abschluss dieser Entwicklung machten die Grünen als sie sich zur Partei der Freiheit ausriefen. Die direkte Folge daraus ist, dass Freiheit selbstverständlich erscheint, obwohl dies keineswegs der Fall ist und man sich selbst nur schwer eingesteht, nicht so liberal zu sein, wie man denkt.

Jeder ist liberal

Das Resultat sind eine Menge Definitionen, was denn nun liberal sei. Dies führt mitunter zu sehr bizarren Ausprägungen, wenn man dieselben Menschen im Namen der Freiheit gegen TTIP aufmarschieren sieht, welche im gleichen Moment Russlands Aggressionen mit einem einfachen Schulterzucken abtun. Als junger Mensch ist es natürlich schwer, darüber zu urteilen, wie es damals gewesen ist, aber meiner Ansicht nach hat der Liberalismus seit je her einen schweren Stand in Deutschland.

Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass Liberalismus in erster Linie neben viel Freiheit eine Menge Verantwortung bedeutet. Wer wirklich frei ist, trägt die Konsequenzen für sein Handeln selbst. Dies ist bei Weitem nicht so angenehm, wie umsorgt und gepampert zu werden, aber das ist der Preis für ein selbstbestimmtes Leben.

Zur Freiheit gehört ein gewisser Mut

Beides zu bekommen ist nicht möglich, daher muss man sich zuallererst fragen, welchen Preis man zu zahlen bereit ist. Die unmittelbare Konsequenz daraus ist, dass zur Freiheit ein gewisser Mut gehört. Das Problem ist nur, dass Menschen von Natur aus nicht sehr mutig sind. Wer sich einmal umschaute, wird dies mit Sicherheit in seinem eigenen Umfeld erkennen können. Witzigerweise wissen wir aber auch nur zu gut, dass jeder Mensch insgeheim mutig sein möchte. Wir begeistern uns für Menschen, die für das streiten, was ihnen wichtig ist und auch bereit waren, für die richtige Sache alles in die Waagschale zu werfen. Mut jedoch erwächst immer aus Angst heraus. Wer keine Angst verspürt ist, im besten Fall tollkühn bei dem, was er macht. Und wenn es eine Angst gibt, die einem Mut verleihen kann, dann sollte es die sein, seine Freiheit zu verlieren.

Bist Du



liberal?

Hierbei ist jedoch Vorsicht geboten, denn die eigene Freiheit bedingt noch eine ganz wichtige andere Sache. Im Liberalismus kann es keine faulen Kompromisse geben, um auf Kosten anderer Vorteile zu beziehen und alles, was einen selbst benachteiligt, abzuschaffen. Genau an diesem Punkt wandelt sich der Liberalismus in den gedanklichen Vater des Autoritarismus. Alle Freiheiten für sich einzufordern, aber sie anderen nur nach eigenem Ermessen zu zubilligen.

Der Grat zwischen diesen beiden Philosophien ist also sehr schmal, obwohl es keinen schärferen Kontrast geben könnte.

Wer auf Kosten anderer versucht, seine Freiheit zu maximieren, wird diese am Ende verlieren. Solange dies noch in einem kleinen Rahmen geschieht, mag es nicht weiter ins Gewicht fallen. Doch jeder Schritt in diese Richtung reißt ein weiteres Stück aus unserer Freiheit heraus. Es ist wie mit der Liebe – man weiß erst woran man war, wenn man sie verloren hat.

Es kommt nur auf die Menschen an

Um es nicht so weit kommen zu lassen ist es also notwendig, dafür zu kämpfen. Dabei gibt es kein „gerade in Zeiten wie diesen“ oder „jetzt erst recht“, denn auch das gehört zum Liberalismus dazu.

Man muss jederzeit für seine Freiheit kämpfen.

Sie mag unser Geburtsrecht sein, aber es gibt niemand anderen als uns selbst, der dafür bürgt. Am Ende sollte sich nun also jeder fragen, auf welcher Seite er steht. Wieviel Freiheit man selbst besitzt, wieviel man noch haben möchte, was man dafür tut und wieviel Freiheit man seinen Mitmenschen zugesteht. Sich diese Dinge fortwährend vor Augen zu führen ist das Geheimnis, nicht irgendwann überzulaufen.

Am Wichtigsten ist nicht einmal politisches Engagement, sondern vor allem, bei den kleinen Dingen im Leben darauf Acht zu geben. Die eigene Mentalität zeigt sich da, wo wir nicht besonders über sie nachdenken. In unserem Alltag bei den Menschen, die wir lieben.

Schwer vorstellbar, aber mehr ist es nicht, was der Liberalismus benötigt. Es bedarf keines starken Staates, keiner Führung oder stark ausgebauten Strukturen. Das Einzige, auf das es ankommt, sind die Menschen. Wenn jeder vor seiner eigenen Haustür kehrt, hat man eine saubere Straße. Denn im Kleinen liegt die Kraft Großes zu verändern.



DANIEL MAURER (23) studiert im Bachelor Luft- und Raumfahrttechnik an der TU Berlin. Neben seinem politischen Engagement ist ihm vor allem das Wohlergehen seines Umfeldes besonders wichtig. Ihr erreicht ihn unter daniel_fdp@web.de

Ein Phänomen namens Psyche

Warum Brexit und Co. erklärbar sind



„Brexit, das hätte ich nie gedacht.“ – „Trump, den nominieren die Republikaner nie.“ Von Journalisten über Politiker bis hin zum Wähler häuften sich solche Aussagen. Stets mit Verwunderung und völligem Unverständnis über die Ergebnisse der letzten Tage. Allerdings sind diese Phänomene nicht seltsam oder gar unvernünftig, sondern vor allem eins: menschlich.

Möchte man den Ursachen auf den Grund gehen, muss man psychologisch herantreten. Wahlen sind zunächst einmal eine Entscheidung „aus dem Bauch heraus“ und keineswegs eine rational getroffene. Zusammenhänge, Entscheidungen der Politik, wirtschaftliche Auswirkungen und Verflechtungen können und sollen auch nicht von der Bevölkerung durchschaut werden. Dafür existiert die Repräsentativität von Berufspolitikern. Der Wähler muss also auf die Richtigkeit der Lösung seines Politikers oder seiner Partei vertrauen und entscheidet sich daher emotional für oder gegen eine politische Richtung. Viele Medienanalysten kommen daher zu dem Schluss, dass bei verlorenen gegangenen Vertrauen die Wähler entweder frustriert ins Nicht-Wählerlager oder zu anderen Parteien gehen, von denen sie sich Hoffnung versprechen.

Das Gefühl entscheidet

Doch ist diese Analyse sehr oberflächlich und kann nicht beschreiben, warum Vertrauen verloren geht oder warum man in einer anderen Partei mehr Hoffnung sieht. Ein wichtiger Grund ist eine Erschütterung im staatlichen wie wirtschaftlichen System. Von Bankenkrisen, Schuldenkrisen, Wirtschaftskrisen scheint das derzeitige kapitalistische System nicht nur geprägt, es scheint vor allem nicht mehr kontrollierbar. Als Ende der 1920er Jahre die Weltwirtschaftskrise ausbrach, versuchten deutsche Politiker mit unterschiedlichsten Methoden, die wachsende Arbeitslosen- und Staatsschuldenquote in den Griff zu bekommen.

Beispielhaft ist Hermann Brüning, der mit einem strikten Sparkurs versuchte, den Haushalt der Weimarer Republik zu ordnen – vergeblich. Obwohl die Reichskanzler teilweise halbjährlich wechselten, ebenso wie die politischen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag, gelang es keinem Politiker, die Krise zu überwinden. Ähnlich sieht es heute aus, wenn Banken nach 2008 genauso weiterspekulieren wie vor der Krise und Schuldenberge weiter EU-Länder erdrücken. Gleiches gilt für

das Staatssystem der Demokratie. Demokratie lebt vom Machtwechsel, von politischen Unterschieden und der Möglichkeit eines Kurswechsels. Doch die Parteien sind so stark in die „politische Mitte“ gerückt, dass es sich für den Wähler so anfühlt, als wenn SPD, CDU, Grüne und Co. alle gleiche Politik machen.

Jedoch existiert nicht nur diese Grunderschütterung in das Vertrauen in das Staats- und Wirtschaftssystem. Auch Ängste über Globalisierung, die Auswirkungen von Digitalisierung, die zunehmende Verstädterung oder auch das Wegbrechen von Traditionen und Gebräuchen fördern nicht nur den Wunsch nach Übersichtlichkeit und Klarheit, sondern auch nach Strukturen, in denen ich als Person zurechtkomme. Die Bestrebungen Südtirols, Kataloniens, Schottlands oder Bayerns nach Eigenständigkeit gegenüber der großen Nation spiegeln symbolhaft all diese Probleme wider. Das Land Bayern als Flächenstaat ist übersichtlich, es ist erwachsen aus der Geschichte und verbindet somit viel an Tradition. Es steht für über Jahrzehnte eingetragene Gebräuche und Sitten. Die Regierung ist nicht weit weg und kann auf Situationen schnell und damit auch effektiv reagieren. Ich glaube, dass der Wunsch nach einer Abspaltung Bayerns gar keine wirtschaftlichen oder gar politischen Gründe hat, sondern rein psychologische. Man hat das Gefühl, etwas wieder kontrollieren zu können, etwas übersichtlich und somit für meine Gedanken klar zu machen. Wenn wir die Prämisse annehmen, dass die Psyche der Grund ist, dann müssen wir es zulassen zu erkennen, dass Werte, Normen, Gebräuche, Sitten und Zuneigung einen weitaus wichtigeren Wahlgrund darstellen als Argumente und programmatische Ausführungen.

Vision Liberalismus

Der Theologe und Philosoph Michael Laubele untersucht die verschiedenen Sinnebenen im Leben eines Menschen. Jeder Mensch – so Laubele – hat nicht nur den Wunsch, dass seine Handlungen und seine Existenz einen Sinn im Leben haben, sondern auch, dass diese eingebettet sind in einen „absoluten Sinn, der Intanz, die den Gesamtsinn garantiert“. Doch

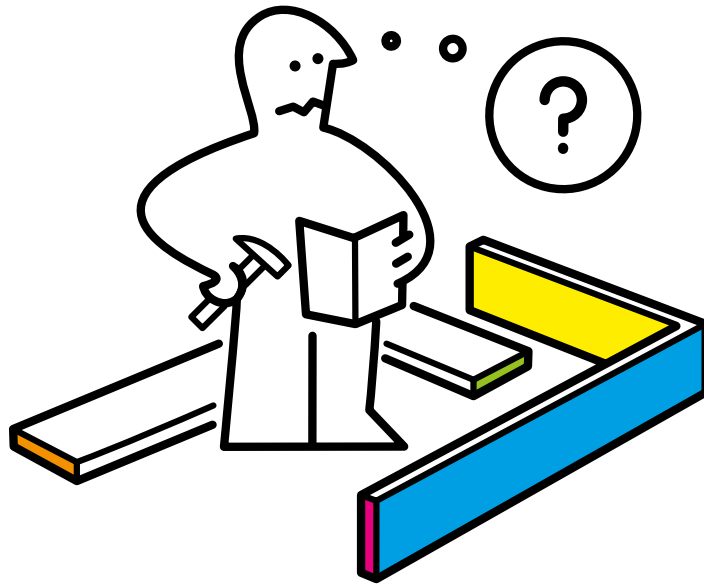
was auf dieser Welt gibt dem Menschen noch Sinn? Die Religion wird in den säkularen Systemen immer weiter zurückgedrängt. Philosophie und Ethik als überflüssiges Gequatsche abgetan. Sitten, Regeln, Systeme und Ideen verschwinden zunehmend. Einst stand die SPD für den Demokratischen Sozialismus als Vision einer perfekten Staatsform – einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Auch im aktuellen Grundsatzprogramm der SPD gilt das als oberste Maxime. Aber spürt man heute tatsächlich noch, dass die SPD diese Idee, diese Vision vertritt? AfD, Trump, das Brexit-Lager und Nationalisten tun aber genau dieses – sie vermitteln eine Vision: „We make America great again“ ist für mich nicht nur ein guter Wahlslogan. Er gab den Menschen Hoffnung auf Klarheit, auf wirtschaftliche Stärke und darauf, dass sie als Person wieder teilhaben können am Sinn.

Dass so etwas ja ganz leicht für „Populisten“ sei, wie man nun in den Medien erfährt, ist falsch. Oder sind Botschaften wie „Yes, we can!“ (Barack Obama), „Mehr Demokratie wagen!“ (Willy Brandt) und „Das Alte und Morsche ist von uns gegangen, es lebe das Neue, es lebe die Republik!“ (Gustav Scheidemann) nicht auch Visionen? Es stellt sich also nicht die Frage, wie man die AfD in Facebook-Posts in ihrer Reichweite überbieten kann, sondern, was für eine Vision wir den Menschen geben. Was ist meine Vision, die ich mit den Menschen teilen möchte?

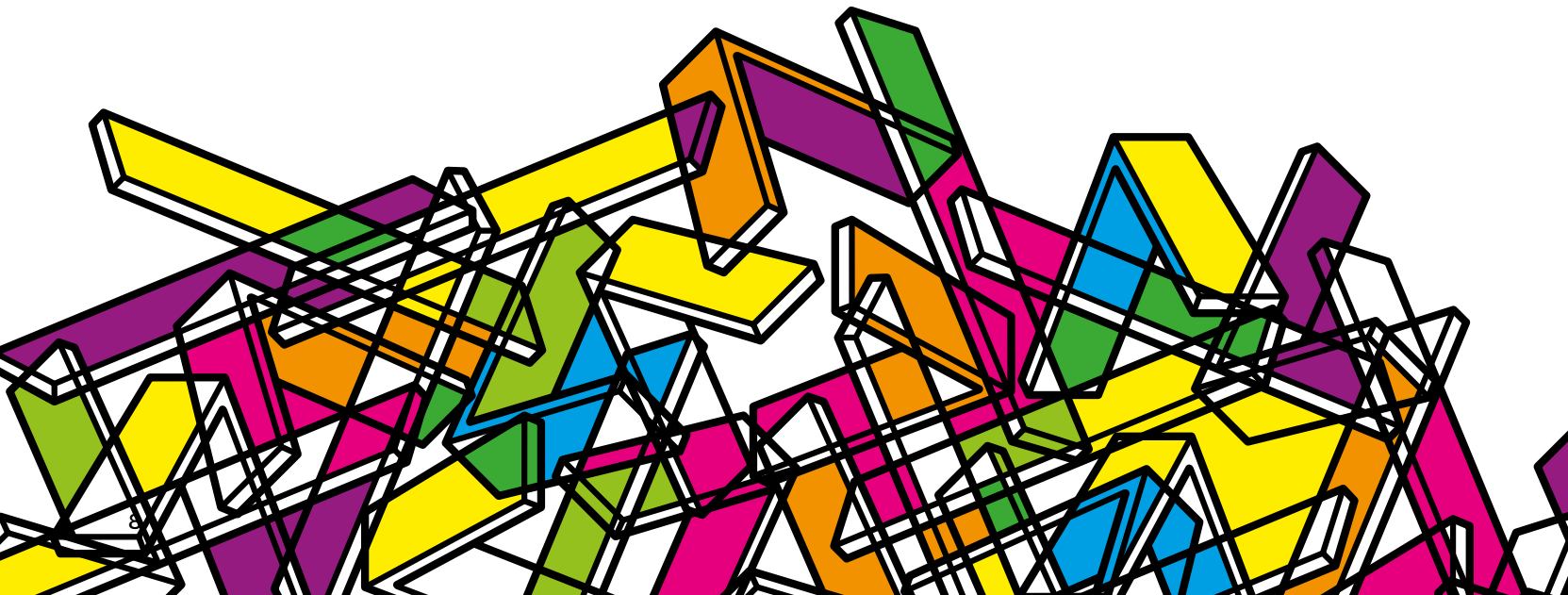
Liberalismus – und dabei sage ich betont, Liberalismus statt FDP. Die FDP ist eine politische Partei mit viel Kleinklein, Machtgezänk und Verwaltungsstrukturen. Nicht FDP, nein, Liberalismus. Eine Gesellschaft, ohne Existenzängste, mit echter (Chancen)gerechtigkeit, damit jeder das erreicht, was seinen Talenten und Fähigkeiten entspricht, und mit einer humanen Wirtschaftsordnung. Ralf Dahrendorf sagte dazu: „Liberalismus ist eine bewegende Kraft der Politik oder er verliert seine Bedeutung.“ „Bewegend“ ist dabei nicht nur politisch, sondern vor allem psychologisch gemeint.



STEFAN WOLF (25) hat Psychologie, Geschichte und Philosophie studiert und ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Oberfranken. Zudem ist er der designierte Bundestagsdirektkandidat der FDP für den WK Kulmbach. Ihr erreicht ihn unter stefan-wolf1@gmx.de



**Weshalb sich die
Menschen
einen autoritären
Regierungsstil
wünschen**



Weltweite politische Entwicklungen, das Umdenken der neuen Generation und aufkommende Trends wie die zunehmende Urbanisierung bieten einen Rahmen für künftiges Handeln. Diese Entwicklungen und Veränderungen wirken in der aktuellen Zeit der Digitalisierung und der ganzheitlichen Globalisierung stärker und schneller auf die Menschheit ein als je zuvor. Die Veränderungsrate in unserer Welt, in der es oft nur noch höher, schneller, weiter heißt, nimmt stetig zu.

Die Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung wächst zunehmend, beispielsweise aufgrund von TTIP-Vertragsklauseln, die erst durch Wikileaks publik wurden, oder aufgrund von Negativzinsen bei der eigenen Hausbank. Ebenfalls wächst die Angst vor der Zukunft, aufgrund von Verlustängsten des Arbeitsplatzes durch technischen Fortschritt, aber auch aufgrund von Kriegen, Terroranschlägen und Flüchtlingsströmen, die lange Zeit die Titelseiten verschiedener Zeitungen weltweit beherrschten. Hinzu kommt, dass vermeintliche Lösungen dieser europäischen Probleme entweder im Alleingang an EU-Anwärterstaaten wie die Türkei ausgelagert oder die eigenen Handlungen schnell als „alternativlos“ bezeichnet und somit gerechtfertigt werden.

„Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun“ – Gandhi

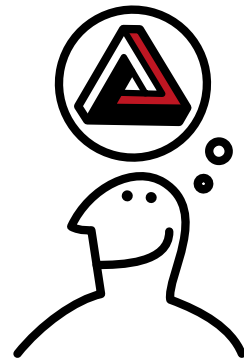
Zudem nimmt die Komplexität aktueller Geschehnisse zu. Undurchsichtige Finanzprodukte, komplexe Verträge und geheime Absprachen finanzkräftiger Personen sind nur

ein Bruchteil der auf uns einprasselnden Ereignisse. Ebenfalls wird der Alltag zunehmend komplexer, da die Informationsflut ansteigt und durch die Digitalisierung in Form von Social Media und einer „24-Stunden-Erreichbarkeitspflicht“ vorangetrieben wird. Aufgrund der begrenzten Wahrnehmungsfähigkeit eines Menschen führt diese Entwicklung dazu, dass Zielsetzung und Planung sowohl für Individuen, als auch für Unternehmen wichtiger denn je sind. Denn der Mensch ist bei weitem nicht in der Lage, die Menge an Informationen zu verarbeiten, die verarbeitet werden müssten, um die Zusammenhänge der Geschehnisse auf der Welt zu verstehen und korrekt abzubilden. Dadurch, dass Menschen und Unternehmen klare Ziele haben, können sie ihre Aktivitäten auf die persönliche Zielerreichung ausrichten. Die Bedeutung von Zielen zu verstehen ist wichtig, da fehlende Ziele zu mangelnder Motivation führen, was letztendlich Unzufriedenheit im Job hervorruft.

Als Folge der bisher beschriebenen Entwicklungen steigt die Widersprüchlichkeit in den Handlungen der Menschen. Dies kann sich beispielsweise darin ausdrücken, dass Menschen sich für eine saubere Umwelt und den Klimaschutz einsetzen, zugleich aber die Globalisierung und Just-in-Time-Konzepte verschiedener Firmen vorantreiben, indem sie sich jegliche Gebrauchs- und Verbrauchsgüter nach Hause liefern lassen. Dies führt unweigerlich zu der sogenannten kognitiven Dissonanz, also einem geistigen Widerspruch, der wiederum ebenfalls Unzufriedenheit hervorruft.

„Ihr“ seid nicht das Volk!

Aufgrund der beschriebenen Umstände suchen die Menschen nach einem starken Vorbild, das sich zugleich für die gefühlten Interessen der Bürger einsetzt und ihnen durch den autoritären Regierungsstil eine Anleitung für das künftige Zusammenleben gibt. Selbstdarstellerische Persönlichkeiten wie Herr Höcke der AfD, Herr Trump in den USA, Herr Putin in Russland und Herr Erdogan in der Türkei, versuchen durch ihre Auftritte und Handlungen



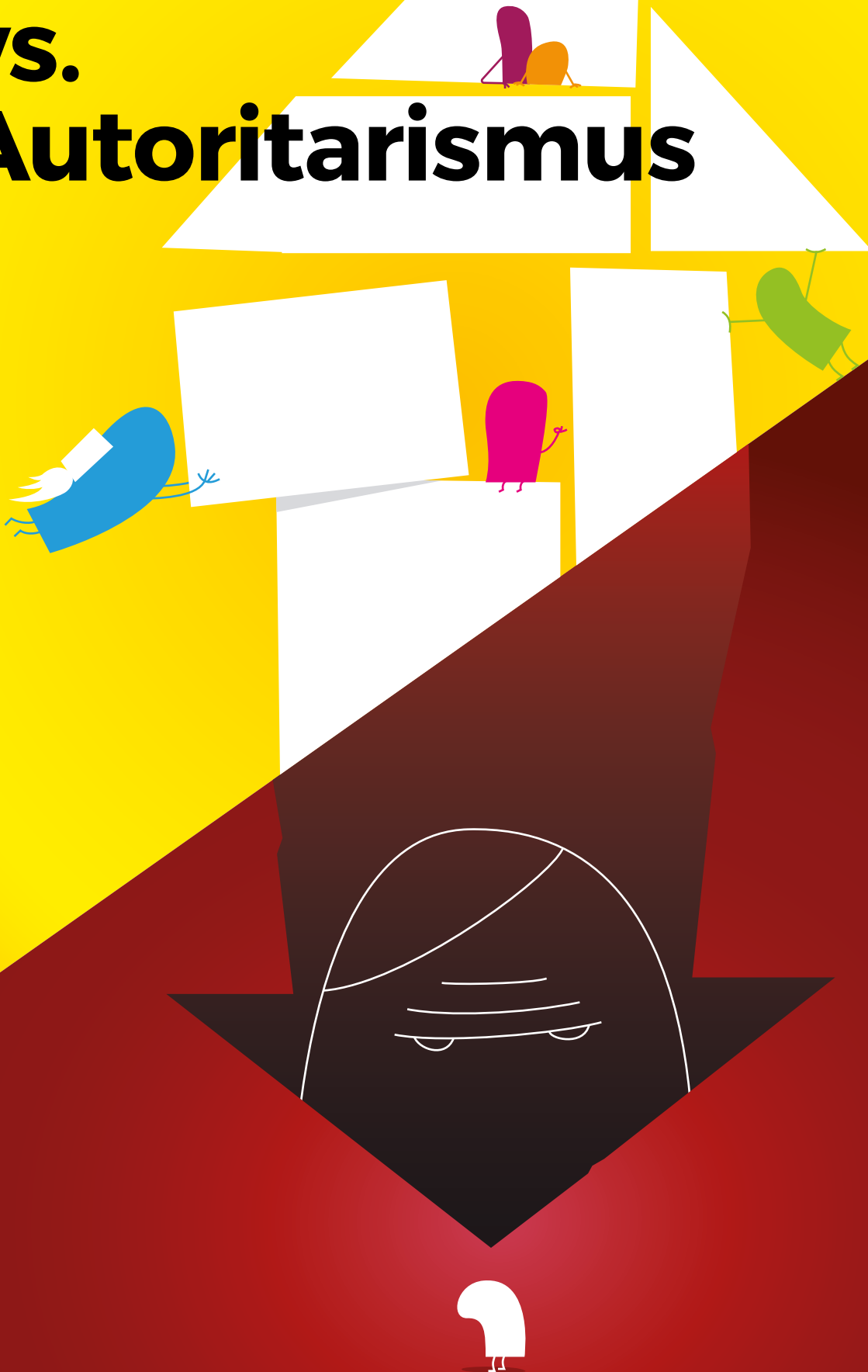
das beschriebene Menschenbild zu erfüllen und somit das Gefühl der Stärke, Geborgenheit und Sicherheit zu vermitteln.

Dabei zählen das Aufgreifen und Wiedergeben aktueller Stimmungen mehr als Fakten, wobei nicht zuletzt auch die Lüge salonfähig wurde. Das Problem hierbei ist, dass zum einen Lügen und falsch wiedergegebene Statistiken zwar schnell aufgedeckt werden können, sich jedoch im Nachhinein, aufgrund der beschriebenen Informationsflut, kaum noch jemand dafür interessiert. Außerdem bieten eben diese selbstdarstellerischen Personen keine Lösung für aktuelle Probleme, sondern heizen durch Parolen wie „Wir sind das Volk“ oder „America First“ lediglich die jeweilige aktuelle Stimmung im Land an. Neben den Parolen der AfD sind die falschen Aussagen von Nigel Farage und Boris Johnson, den Anführern der Brexit-Kampagne, beste Beispiele für Stimmungsmache ohne Lösungsansätze.



KEVIN HEIDEMANN (23) ist ausgebildete Fachkraft für Lebensmitteltechnik, hat Wirtschaftsingenieurwesen in Osnabrück studiert und ist aktuell Projektmanager im E-Commerce-Bereich. Ihr erreicht Ihn unter k.heidema@gmx.de

Liberales Welt vs. Autoritarismus



In dem Moment als ich von der Frage las, warum ich denn eine liberale Welt vor einer autoritären Welt den Vorzug geben würde, dachte ich zunächst die Antwort auf diese Frage wäre denkbar einfach. Tatsächlich gibt es unzählige Gründe, weswegen wir dankbar sein können, hier in Deutschland in einer liberalen Demokratie, eingebettet in einer liberalen Wertegemeinschaft wie der EU, zu leben.

Aber genau diese Vielzahl der Gründe macht es in gewisser Weise auch schwer, die Gedanken zu ordnen und es auf einen Punkt zu bringen. Als Erstes muss man sich die Frage stellen, worin sich der autokratische vom liberalen Staat unterscheidet. Für uns Liberale steht die Freiheit des Individuums im Vordergrund des politischen Handelns. Jeder Mensch ist einzigartig und hat in dieser Folge Rechte und Pflichten, welche vom Staat respektiert werden müssen. Die Gemeinschaft, also der Staat, existiert nur in der Gesamtheit der in ihm lebenden Individuen und kann in dieser Folge nur dann im Interesse der Bürgerschaft handeln – und damit im Eigeninteresse – wenn er den Wert des Individuums erkennt und entsprechend hochhält. Mit anderen Worten, in einer liberalen Gesellschaft ist der Staat von Menschen für den Menschen da und findet in dieser Hinsicht sowohl seine Begründung als auch seine Begrenzung.

Autoritarismus als menschenfeindlicher Gegenentwurf

Dem entgegen steht der autoritäre Staat, welcher die Gemeinschaft als bloßen Selbstzweck zur eigenen Legitimation begreift. Der Mensch mit seinen Freiheiten wird dabei auf ein Rädchen im Getriebe einer von oben nach unten organisierten Gemeinschaft reduziert und unternimmt alle Anstrengungen nur im Sinne der eigenen Aufrechterhaltung. Dadurch kommt es zu Repressionen und Gewalt, die auf der einen Seite zwar offenkundig den einzelnen Menschen schaden, umgekehrt aber in der allgemeinen Wohlfahrt legitimiert zu werden scheinen. Wenn dann noch eine Ideologie dazu kommt, welche den Menschen als fehlerhaftes Konstrukt, deren „Verbesserung“ durch den Staat erforderlich ist, ansieht, dann kommt man nicht umhin zu sagen, dass die Autokratie als solche menschenfeindlich ist.

Unter diesen Gesichtspunkten kommt man gar nicht darum herum, der liberalen Welt sowohl in seiner Theorie, als auch in der Praxis den Vorzug zu geben und sie als etwas Bewahrenswertes anzusehen. In Deutschland kann jeder Mensch seine Meinung frei äußern. In

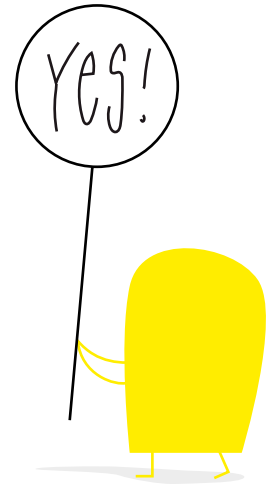
Deutschland können wir uns darauf verlassen, Rechtssicherheit sowie menschliche Würde zu erhalten und in Deutschland können wir über Offizielle abstimmen, durch die wir repräsentiert werden wollen. Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität sind Garantien, welche nur innerhalb einer liberalen Gesellschaft existieren können, und den Liberalismus damit in aller Entschiedenheit vom Autoritarismus oder gar dem Totalitarismus abgrenzen.

Global gesehen hat eine liberale Welt aber noch einen entscheidenden Vorteil gegenüber einer autoritären Welt. In kommunistischen Autokratien wird versucht, eine intellektuelle Utopie mit dystopischen Mitteln zu erreichen. Bei Gruppierungen wie dem Islamischen Staat ist es eine „paradiesische Welt“ im Rahmen der eigenen dogmatischen Überzeugungen mit Gewalt und Terror. Dem entgegengesetzt bietet die liberale Welt wesentlich stärker die Hoffnung und die Vision einer besseren Welt mit dem entscheidenden Unterschied, dass diese Welt stets im Sinne des Menschen und seinen Bedürfnissen geschaffen und im Rahmen des Möglichen bearbeitet werden muss. Man könnte dies wohl einen idealistischen Realismus nennen, den eine ideologische Autokratie wohl in der eigenen Verblendung genau wie eine rein auf den eigenen Machterhalt bauende Diktatur niemals haben wird. Gäbe es in der Welt nur Autokratien, so würde sich die Menschheit im Dauerfeuer von Ausgrenzung Andersdenkender und Andersartiger sowie in interner wie zwischenstaatlicher Gewalt befinden.

Freiheit wird immer anziehend bleiben

Doch dankbarer Weise ist dem nicht so und es gibt auf der Welt nach wie vor sehr viele freiheitliche Demokratien. Auch wenn diese immer wieder bedroht werden, sei es von Populisten und Radikalen von rechts oder von links, oder von Fundamentalisten, so bin ich der festen Überzeugung, dass wir Menschen rational und gleichzeitig humanistisch genug sind, um zu erkennen, dass der Weg der Autokratie immer ein Weg gegen eine Wand ist.

Doch nicht nur Freiheit fehlt in Autokratien. Dadurch, dass in Staaten wie China demokratisch nicht legitimierte Parteikader herrschen,



fehlt eine natürliche Rotation an Personen, die neue Ideen einbringen und unter dem Druck der Wiederwahl stehen. Auf diese Weise beraubt sich der Staat selbst der Möglichkeit, effizient und volksthunlich mit dem Volk zu regieren und entfernt sich im Laufe der Zeit immer weiter von ihm. In so einer Autokratie besteht im Grunde die einzige Hoffnung, Fehlentwicklungen aufzuhalten, darin, auf die Selbstkritik der Regierung zu hoffen, die sich jedoch nur äußerst selten selbst abwertet. Dadurch ist der autoritäre Staat stets dem Untergang geweiht, denn all diese nun genannten Gründe nagen im Laufe seiner Existenz immer stärker an ihm.

Es gab in der modernen Geschichte kaum eine Diktatur, die sich länger als ein paar Jahrzehnte behaupten konnte. Umgekehrt gibt es Demokratien wie die Vereinigten Staaten, die seit ihrer Gründung im 18. Jahrhundert nun ununterbrochen eine Demokratie sind. Fassen wir jetzt am Ende also zusammen, dass ein liberaler Staat sowohl nachhaltiger, volksthunlicher, progressiver und effizienter ist, so haben wir genug Argumente gesammelt, die ihn zum Sieger im Fight gegen den Autoritarismus machen.



TRISTAN PRESSLER (18) ist Schüler und seit dem Sommer 2016 Mitglied der JuLis in Baden-Württemberg. Er hat sich schon seit langem für den gesellschaftlichen Aspekt des Liberalismus interessiert und befürwortet sowohl national, als auch international den Freiheitsgedanken. Ihr erreicht ihn unter tristan.pressler@web.de

Europa –

Quo vadis?

Kriege in Europa, Putin-Versteher, Trump-Unterstützer und Brexit. Europa verändert sich – oft nicht zu seinem Vorteil. Warum? Weil wir die gleichen Fehler machen wie in der Vergangenheit, anstatt mutig eine eigene Zukunft zu gestalten. Aber das muss nicht sein und die Wege aus der Krise wären gar nicht mal so beschwerlich.

Schauen wir zurück in die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts. Nach zwei schrecklichen Kriegen standen sich der kommunistische Osten und der kapitalistische Westen gegenüber. Bemerkenswerter Weise betraf dieser Konflikt zwar die ganze Welt, wurde aber hauptsächlich in der nördlichen Hemisphäre ausgetragen. Als ehemaliger Kriegsschauplatz war Europa gespalten und mittendrin trennte der Eiserne Vorhang die beiden Konfliktparteien. Nach dem Fall der Sowjetunion und dem Anschluss vieler osteuropäischer Staaten an NATO und EU schien sich die Lage zu beruhigen.

Teilt sich Europa ein zweites Mal?

Doch die europäische Gemeinschaft macht derzeit einen entscheidenden Fehler. Während sie ihre Integration oft auch ad Absurdum führte, verpasste man es ausge-

rechnet, eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zu etablieren. Bei wichtigen geopolitischen Themen mit einer Stimme zu sprechen, hätte dabei viele Vorteile. Als Vertretung von über 500 Millionen Menschen, die nebenbei einen gewaltigen Wirtschaftsraum bilden, hätte Europa durchaus Gewicht. Auch militärisch bilden die EU-Staaten zusammen gerechnet eine durchaus bemerkenswerte Größe. Vor allem aber sind es die bestehenden Verbindungen aller Mitgliedsstaaten wirtschaftlicher und diplomatischer Art, beispielsweise in den Nahen Osten, die, aber nur gebündelt, eine große Einflussmöglichkeit garantieren.

Doch die Realität sieht anders aus. Dem Posten des EU-Außenbeauftragten kommt vergleichsweise wenig politisches Gewicht zu, muss er doch all seine Entscheidungen vorbehaltlich der Zustimmung

von 28 eigenständigen Ländern treffen. Konkrete Zusagen sind hier kaum möglich. Hinzu kommt, dass Europa in der jetzigen Situation die Geschichte wiederholen lässt. Es spaltet sich. Nicht nur in der Flüchtlingsfrage. Anstatt die Chance beim Schopf zu packen orientieren sich einige Staaten Europas wieder Richtung Osten. Die anderen werden dabei nicht müde, reflexartig ihre tiefe Verbundenheit mit den USA zu bekennen. Wieder andere wollen ihre Eigenständigkeit stets gewährt wissen. Das mag eine legitime Reaktion sein. Klug ist sie nicht. Denn Europa dividiert sich dabei wieder auseinander und lässt dabei zu, dass sich die Welt wieder in Ost und West teilt, in Schwarz und Weiß, Gut und Böse.

Ohne gemeinsame Außenpolitik wird Europa nie das Gewicht bekommen, dass es haben könnte und nebenbei noch eine weitere wichtige Aufgabe nicht ausfüllen – ein starker Vermittler und selbstständiger Akteur auf der Weltbühne zu sein. Dazu gehört zweifelsfrei ein EU-Außenbeauftragter, der sich in einem gewissen Rahmen frei bewegen kann, Entschei-

dungen trifft und Zusagen gibt. Das bedeutet nicht das Ende der Außenpolitik in den Mitgliedsstaaten, es ist vielmehr eine Chance, mehr Einfluss auf das Weltgeschehen zu haben als jemals zuvor. Es ist also klar: Die EU muss ihrem Außenbeauftragten einen Rahmen setzen, in dem er sich frei bewegen und sich der Unterstützung der Mitgliedsländer im Nachgang sicher sein kann.

Hat Trump etwa Recht?

Dazu kommt noch ein anderer Punkt. Die politischen Veränderungen in der Türkei, einem NATO-Staat, vor deren Haustür wiederum ein offensichtlicher Stellvertreter-Krieg tobt, müssen uns Europäer aufhorchen lassen. Mitten auf unserem Kontinent bereitet sich ein autoritärer Machthaber den Weg. Gleichzeitig lässt ein US-Präsident Trump nicht erkennen, dass ihm die NATO besonders am Herzen liegen würde. Wie muss Europa darauf reagieren? Es muss lernen, für sich selber zu sorgen und das eben auch in der Verteidigungspolitik.

Trumps Kritik, die EU-Staaten würden ja viel weniger als vereinbart in die Verteidigungspolitik investieren, ist durchaus nachvollziehbar. Schließlich bricht Europa hier fortlaufend eingegangene Verpflichtungen. Damit muss Schluss sein. Wir dürfen nicht ewig darauf vertrauen, dass die USA uns immer zur Seite stehen, wenn wir sie brauchen. Gerade Trumps Wahl hat gezeigt, dass viele Amerikaner mit diesem Mo-

dell der Weltpolizei nicht mehr einverstanden sind. Was heißt das für uns? Europa muss erwachsen werden und für sich selber sorgen. Zu ihrem eigenen Interesse sollte die EU sich also in Zukunft an ihre Verpflichtungen halten und dabei einen Teil der Ausgaben im EU-Haushalt bündeln und so zumindest schrittweise damit beginnen, eine europäische Koordination der Verteidigungspolitik zu initiieren. Bereits heute erfolgt eine gewisse Auftragsvergabe in Verteidigungsfragen auf europäischer Ebene – doch noch viel zu wenig. Europa braucht hier eigene Handlungsbefugnis, das geht im Zweifelsfall nur über das Finanzielle. Europa muss sich also auch hier strukturell verändern. Deutschland hat dabei das Potenzial, eine führende Rolle einzunehmen. Wir sollten beginnen, es wahrzunehmen.

Hat die EU-Armee eine Chance?

Doch was bleibt denn am Ende von dem liberalen Vorschlag eine europäische Armee zu gründen? Nun, sicherlich führt in einem wirklich vereinigten Europa kein Weg daran vorbei, mag es noch so viel Widerstand einzelner Staaten geben. Doch zum jetzigen Zeitpunkt ist dies noch in weiter Ferne. Was es jedoch heute schon gibt, sind europäische Schnelleinsatzgruppen. Diese gilt es zu intensivieren, ihre Alarmzeit muss drastisch reduziert und die Mannstärke erhöht werden. Das Ziel: Eine schnelle, durchaus

multinational besetzte, klar strukturierte, bestens ausgerüstete und schnell einsatzfähige EU-Einsatzgruppe. Es wäre der Beweis dafür, dass eine europäische Armee funktionieren kann. Zweifel in einzelnen Staaten könnten damit ausgeräumt werden und Europas Rolle in der Welt erneut gestärkt sein. Es wäre nicht nur ein starkes Signal, dass Europa zusammenhält, sondern im Zusammenspiel mit der NATO der Beweis, dass Europa sich durchaus selber verteidigen kann. Unsere Einbettung in internationale Abkommen kann dadurch nur an Gewicht gewinnen.

Die politischen Entwicklungen machen deutlich: Europa ist ein Wert an sich und darf sich nicht mehr spalten lassen. Um das geopolitische Gleichgewicht zu halten darf es keine außenpolitische Wiederholung des Kalten Krieges geben. Dem kann mit einer starken europäischen Außen- und Verteidigungspolitik begegnet werden. Nutznießer wäre neben Europa die ganze Welt.



FLORIAN KUHLE (22) studiert Medizin in Würzburg und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Unterfranken. Differenziertheit in der Politik liegt ihm besonders am Herzen, denn Politiker zeichnet Sachverstand statt Populismus aus. Ihr erreicht ihn unter Florian.kuhl@julius-Unterfranken.de

Liebe Julis!



NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.

Unser gesamtes politisches Engagement dient einer globalen liberalen Gesellschaft. Doch auf der Welt gibt es immer noch zu viel Autoritarismus. Einige Beispiele wollen wir euch auf diesen zwei Seiten zeigen. Gleichzeitig räumen wir aber auch mit Vorurteilen auf und benennen einige Gegenbeispiele. Egal ob für die Bekämpfung des Autoritarismus oder für die Beibehaltung des Liberalismus – unser internationales politisches Engagement ist heute wichtiger denn je.

Eure Katharina

Freiheit für alle

NAHER OSTEN +
NORDAFRIKA



YASMIN WIENEGGE (18) kommt aus dem Landesverband Hamburg und studiert Politische Ökonomik im Bachelor an der Universität Heidelberg. Ihr erreicht sie unter y.wienegge@gmail.com

Eine freie Gesellschaft, wie man sie in vielen demokratischen Ländern antrifft, ist oft gekennzeichnet durch eine Vielzahl von freiheitseinschränkenden Gesetzen und einem ineffizienten, langsamen Staatsapparat. Nicht zufriedenstellende Kompromisse anstelle von einschlägigen Entscheidungen sind Alltag in Demokratien. Dennoch: Wir Frauen sind keinem Vormundsystem unterlegen, wie es in Saudi-Arabien der Fall ist. Wir alle dürfen, wie in Israel, lieben, wen wir wollen. Minderheitsangehörige und Oppositionelle müssen in einer liberalen Welt nicht um ihre Sicherheit fürchten, wie es derzeit in der Türkei der Fall ist. Wenn man sich schon nicht für sich selbst eine liberalere Welt wünscht, weil man mit der eigenen Situation zufrieden ist, so gilt es wenigstens, sich eine solche für die eigenen Angehörigen oder Mitbürger zu wünschen, denen ein Weniger an Autokratie und ein Mehr an liberaler Demokratie ein selbstbestimmteres Leben gewähren würde.

Mehr Demokratie wagen

ASIEN



ANDREAS LEHRFELD (30) ist Doktorand in Köln. Ihr erreicht ihn unter andreas_lehrfeld@web.de

Eine liberale Welt, geprägt von Eigenverantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, mag noch weit entfernt sein. Dies gilt auch für Teile Asiens. Neben einigen wenigen funktionierenden Demokratien wie in Japan oder Südkorea prägen das diktatorisch regierte Nordkorea und autoritäre Staaten wie China und Turkmenistan das Bild. Dass diese Sichtweise nicht gerechtfertigt ist, zeigen die Studierendenproteste in Hongkong oder die erwachende Zivilgesellschaft in Myanmar. Auch in Asien wünschen sich viele Menschen die Erfüllung grundlegender Freiheiten und fordern diese verstärkt öffentlich ein. Das Eintreten für eine liberale Welt lohnt sich, nicht zuletzt angesichts protektionistischer und nationalistischer Tendenzen in Teilen der Welt, auch in Asien.

Kurze Bestandsaufnahme zur Demokratie in Afrika

AFRIKA



ALICE SCHMIDT (26) ist Volunteer Manager in Berlin. Ihr erreicht sie unter alice.schmidt@julis.de

Der Demokratieindex vom Economist wird gern zur Hilfe genommen, um den Status von Demokratien in verschiedenen Ländern zu bestimmen. Und dieser bestätigt: Mittlerweile gibt es in Afrika mit Südafrika, Botswana, Ghana, Senegal, Namibia, Lesotho, Tunesien und Sambia acht Demokratien. Wohlgemerkt handelt es sich dabei um unvollständige Demo-

kratien – doch diesen Status haben auch Italien oder Belgien. Darüber hinaus sind Tansania, Uganda, Kenia, Mali, Benin und Malawi Hybridregime, also Mischformen. Diesen Status haben auch Rumänien und Ungarn. Was kann man daraus schließen? Vielleicht, dass Afrika mehr Demokratie und Europa weniger Demokratie aufweist, als man allgemein hin denkt.

Liberales Europa unter Druck



MITJA SCHULZ (26) ist Referent für Europapolitik in Brüssel. Ihr erreicht ihn unter mitja.schulz@julius.de

In diesen Tagen jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum sechzigsten Mal. Die schon dort formulierten vier Freiheiten sind das Gründungsversprechen der Europäischen Union – der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Diese Freiheiten erleben wir alltäglich: Wir reisen, studieren oder arbeiten in anderen Ländern ohne Visa, Passkontrollen, teilweise ohne die Währung zu wechseln und bald ohne Roaminggebühren.

Mit dem „Brexit“-Referendum strebt nun zum ersten Mal ein vollwertiges Mitglied den Austritt aus der EU an. Anfang des Jahres hat Premierministerin Theresa May nun klargemacht: Sie will die Briten rausführen aus dem europäischen Binnenmarkt und der Zollunion, also den vier Grundfreiheiten den Rücken kehren. Doch es geht nicht nur um die Briten. In weiten Teilen Europas wächst der Zuspruch für populistische Parteien. Wahlen stehen an in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland. Wenden sich die Menschen Europas von der liberalen Ordnung ab? May zumindest versucht sich im Spagat. Auf der einen Seite will sie dem Referendum entsprechen und zugleich das Königreich über Freihandelsabkommen in einer liberalen Weltordnung verankern. Sie weiß, wie wichtig der Zugang zum europäischen Binnenmarkt für die britische Wirtschaft ist. Gut die Hälfte der britischen Exporte geht in die EU. Natürlich ist die EU nicht perfekt und die vier Freiheiten sind nicht überall und in allen Bereichen umgesetzt. All ihren vielen Fehlern zum Trotz jedoch steht die EU für Offenheit und Freiheit. Vielleicht braucht es eine neue, grundlegende Reform um die Menschen wieder für die europäische Idee zu begeistern. Das sechzigste Jubiläum der Römischen Verträge wäre ein guter Anlass.

Venezuela – Ein Land am Abgrund



YANNICK HOPPE (23) ist Studierender der Rechtswissenschaften aus Hilden. Ihr erreicht ihn unter yannick.hoppe@julius.de

Kein anderes Land auf dem südamerikanischen Kontinent hat in den vergangenen Jahren mehr unter einem autoritären Regimesaparat gelitten als Venezuela. Das Land mit einem der größten Erdölvorkommen der Welt schafft es nicht mehr, seine Bürger mit den nötigsten Grundnahrungsmitteln oder Medikamenten zu versorgen. Obwohl der Traum vom Sozialismus offensichtlich gescheitert ist, versuchen sich die Nachfolger von Hugo Chavez – allen voran der Präsident Maduro – an der politischen Macht zu halten. Dies gelingt durch das Zusammenspiel der verschiedenen Gewalten, die systematisch mit regierungstreuen Persönlichkeiten besetzt wurden, sodass die Durchführung einer Abwahl Nicolas Maduros nahezu unmöglich erscheint. Für uns bleibt zu hoffen, dass die Liberalen dort weiter an Stärke gewinnen.

Du hast mit Deinem Kreisverband auch eine coole Aktion oder Veranstaltung gehabt, die zum Thema des Heftes passt? Dann schicke mir Fotos und einen kurzen Text dazu an schieritz@julius.de und wir würdigen Euer Engagement vor Ort im jung+liberal! Denn kommunales Engagement ist es, worauf es im Bundestagswahlkampf ankommt.

Wir lieben Freiheit!

Die JuLis Lausitz (Brandenburg) waren anlässlich des Valentinstages am 14. Februar in der Cottbuser Innenstadt unterwegs, um mit jungen Menschen über Freiheit und Demokratie ins Gespräch zu kommen. Die Schüler und Studenten hielten fest, was sie besonders an Freiheit und Demokratie schätzten, und wurden zusätzlich mit Flyern und JuLi-Kondomen ausgerüstet. Die Gedanken und Wünsche der Teilnehmer wurden zum Abschluss der Aktion mit Luftballons in den Himmel geschickt.



Lasst die türkischen Demokraten nicht im Stich!

Während die Demokratie in der Türkei im Fallen begriffen ist, finden die Europäer zu keiner gemeinsamen Linie. Dabei müssen wir den Liberalen in der Türkei beistehen – auch mit scheinbar stumpfen Instrumenten.

Die Türkei befindet sich im Umbruch. Der Ausnahmezustand hat die Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt, die Medienhäuser – wenn sie sich nicht ohnehin staatstragend geben – werden drangsaliert, die Arbeitsfähigkeit der Opposition erschwert. In all dem bereitet die AKP gemeinsam mit der ultra-nationalistischen MHP einem „Regime-Change“ den Weg. Vieles deutet darauf hin: Die kemalistische Republik ist am Ende, eine neue Epoche nationalistischer und autoritären Potenz beginnt.

Es gibt Liberale in der Türkei

Dabei dürfen die Mehrheitsverhältnisse im türkischen Parlament nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der türkischen Zivilgesellschaft durchaus Rückhalt für liberale Werte gibt. Die Studie der Naumann-Stiftung „Void of Liberalism?“ bietet dafür genügend Anhaltspunkte. Eine liberale Demokratie, in der die Macht der Mehrheit beschnitten ist, befürworten 73 Prozent der Befragten. Eine freie Presse halten 77 Prozent ebenso für einen wichtigen Teil einer demokratischen Staatsordnung, wie die Unabhängigkeit der Justiz mit immerhin 59 Prozent Zustimmung. Allerdings zeigen Nachfragen im Detail: Eine Mehrheit der Bürger ist bereit, Eingriffe in das demokratische Fundament ihrer Republik zu tolerieren, wenn dadurch die öffentliche Ordnung gesichert wird. Die Umfrage wurde noch vor dem Putschversuch durchgeführt.

Ob sich diese demokratische Strömung jedoch bei dem Volksentscheid über die Verfassungsänderung durchsetzen können, bleibt fraglich. Viele der Medienhäuser in der Türkei zensieren sich aktiv selbst. Sie gehören fast ausnahmslos zu großen Wirtschaftsholdings, die auf Staatsaufträge angewiesen sind und daher kritische Berichterstattung ihrer Redaktionen unterbinden. Die Europäische Union muss sich also schon jetzt auf zweierlei Dinge vorbereiten: Zum einen, dass die bisher irreguläre Machtfülle Erdoğan's demnächst legalisiert wird. Zum anderen, dass die europäische Wertegemeinschaft eine Beistandspflicht gegenüber den türkischen Demokraten besitzt.

Mit der außenpolitischen Orthodoxie brechen

Die Haltung der EU gegenüber der Türkei ist beklagenswert, weil alle wichtigen Akteure eine andere Strategie verfolgen. Der österreichische

Außenminister Kurz wirbt für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen, während das Europaparlament sie lediglich einfrieren will. Der Europäische Rat hat schließlich beschlossen, zumindest vorerst keine Kapitel mehr zu eröffnen. Hier zeigt sich exemplarisch die Schwäche der „gemeinsamen“ Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Diese Polyphonie hat die Beitrittsverhandlungen zu einem völlig abgestumpften Instrument werden lassen. Ein neuer Ansatz könnte sie wieder scharf machen.

Ich möchte einen Rauten-Beschluss anregen, der durchaus mit der außenpolitischen Orthodoxie der Union bricht. Die EU bietet den Türken die sofortige Visa-Freiheit an. Solch eine Maßnahme gibt vor allem Dissidenten eine einfache Fluchtmöglichkeit, auf der anderen Seite mag die Union dadurch wieder etwas mehr Vertrauen bei den türkischen Bürgern gewinnen. Des Weiteren eröffnet die EU erneut die Verhandlungen über eine Angleichung der Justizpolitik und treibt die Restauration und Ausbau der Gewaltenteilung voran. Denn eine unabhängige Justiz ist das beste Mittel gegen „Säuberungen“ und eine autoritäre Regierung. Sieht sich die AKP-Regierung nicht in der Lage, diese Bedingungen zu erfüllen, ist es vorbei. Die EU beendet die Verhandlungsrunden und damit die so genannte „privilegierte Partnerschaft“. Als Pointe des Beschlusses sollte aber gelten: Kommt eine neue Regierung an die Macht, wird ihr das gleiche Angebot erneut vorgelegt. Auf diese Weise wird die AKP unter Handlungsdruck gesetzt und die bisher so zerstrittene Opposition mag ein gemeinsames Projekt finden.

In den letzten Monaten hat die Europäische Union nur ein einziges Mal mit einer Stimme gesprochen. Diese Stimme gehörte der europäischen Außenbeauftragten Francesca Mogherini. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, so erklärte die Italienerin, sei es mit der Aussicht auf EU-Mitglied endgültig vorbei. Es ist jetzt an der Zeit, diesem in der Sache richtigem Ultimatum eine positive Botschaft beizufügen.



SIMON HARTMANN (26) hat im Sommer bei der Naumann-Stiftung in Istanbul gearbeitet. Er schreibt seine Masterarbeit über Erdoğan's Demokratiebegriff. Ihr erreicht ihn unter lib.simonhartmann@yahoo.de

Die Tore sind aufgesperrt

Zwei Monate ist es her, dass ich im amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt vor einem freundlichen Herrn stand und ihm alle meine Unterlagen gab, um ein Studentenvisum für die Vereinigten Staaten zu bekommen. „Interessante Zeit, um als Studentin der Politikwissenschaft ein paar Monate in den USA zu verbringen“, sagte er und lachte. Ich grinste auch ein wenig. Natürlich hatte ich den amerikanischen Wahlkampf verfolgt, aber dass Donald Trump meinen Auslandsaufenthalt beeinflussen würde, dieser Gedanke kam mir gar nicht in den Sinn.

Schon auf der Einführungsveranstaltung an meiner Gast-Universität änderte sich das. Die Mitarbeiterin des akademischen Auslandsamts berichtete zunächst, dass Studenten mit einem Visum sich keine Sorgen bezüglich der verschärften Rhetorik machen müssten, da die betroffenen Visa ja bereits ausgestellt worden seien. Zudem gehe man auch nicht davon aus, dass auf Trumps Wahlkampf-Rhetorik nun wirklich die entsprechenden konkreten Taten folgen würden. Direkt im Anschluss folge jedoch die Mahnung zur Vorsicht, da es im Zuge der letzten Wahlkampfmonate immer wieder dazu gekommen sei, dass als Behörden-Mitarbeiter getarnte Unbekannte durch E-Mails versuchten hätten, ausländische Studierende mit ihrem Visa-Status zu erpressen, einzuschüchtern oder zur sofortigen Rückreise aufzufordern.

Wenige Tage später unterzeichnete Donald Trump ein Dekret, das allen Personen aus sieben mehrheitlich muslimischen Länder die Einreise in die USA untersagte. Die Anspannung an meiner Universität erhöhte sich spürbar – vom einen auf den anderen Tag. Vier Forscher, die bereits ein Visum bekommen hatten, um ihre Arbeit an der Universität weiterzuführen, wurden an der Einreise gehindert. Bundesweit kritisierten Universitäten, dass bereits angenommene Studenten oder Mitarbeiter nun nicht mehr einreisen könnten und auch unklar sei, wie es weitergehen würde. Als ich am nächsten Morgen in der Bibliothek saß, hörte

ich zufällig, wie eine Studentin ihrer Freundin erzählte, dass ihre Eltern nun wohl nicht mehr zu ihrer Absolventenfeier einreisen könnten. Ich stellte mir vor, wie ich mich fühlen würde, wenn ich meinen Abschluss feiern würde und meine Eltern nicht da sein könnten – und zwar einzig und allein wegen ihres Geburtsortes.

Die Präsidentin der Universität schickte umgehend eine E-Mail an alle Studenten. Darin schrieb sie: „In Zeiten beunruhigender Veränderungen schauen wir zu unseren wichtigsten Werten und Idealen auf. Sie lassen uns wissen, dass die Quelle der Stärke unserer Universität darin liegt, Menschen unterschiedlicher Nationen und Herkunft zusammenzubringen.“ Sie verkündete, die Bedenken der Universität auf allen politischen Ebenen einzubringen und gleichzeitig mehr juristisch geschultes Personal einzustellen, um betroffenen Studenten zu helfen. Dabei beließ sie es jedoch nicht: „Wir beobachten auch andere potentielle Veränderungen in der politischen Landschaft, die die Universitäten beeinflussen könnten, sehr genau. Wir müssen energisch arbeiten, um eine deutlich größere Reichweite wesentlicher Interessen zu erreichen – im Prozess der universitären Naturwissenschaft und in der Lebenskraft der Geisteswissenschaften und Künste; in der Vergrößerung der Chancen auf Bildung und in den Mühen, Ungleichheit zu beseitigen; auf unserer Suche nach Wegen, Menschen unterschiedlichster Meinungen sprechen zu lassen und sich auch über tiefe Klüfte hinweg zuzuhö-

ren und darin, uns anzustrengen, eine gemeinsame Übereinkunft in unserem Streben nach Wahrheit zu finden.“

Die Ankündigungen dieser E-Mail wurden umgehend in die Tat umgesetzt. Fast täglich wurden seither Veranstaltungen organisiert und beworben, die als direkte Umsetzung dieser E-Mail wahrgenommen werden können. So organisierte die Präsidentin der Universität beispielsweise persönlich die Veranstaltung „Die Zukunft der Nachrichten: Journalismus im post-faktischen Zeitalter.“ Dabei diskutierten die Chefredakteure des Wall Street Journals und der Huffington Post, ein Kolumnist der New York Times und eine Pulitzer-Preisträgerin darüber, wie man am besten mit der Flut sogenannter alternativer Fakten aus dem Weißen Haus umgeht.

Donald Trump wollte die Sicherheit seines Landes erhöhen. Mit dem Einreiseverbot hat er es sich jedoch nicht nur mit Millionen von Muslimen verscherzt, sondern auch bundesweit Universitäten wachgerüttelt. Der Literaturnobelpreisträger Seamus Heaney schrieb zum 350. Jubiläum der Universität Harvard: „Die Bücher sind offen und die Tore aufgesperrt.“ Die Tore wurden von Präsident Trump nun für einige Personen geschlossen. Ob sie es langfristig bleiben, werden Gerichte klären müssen.



FRANZISKA BRANDMANN (22) befindet sich momentan im Auslandssemester an der Harvard University im US-Bundesstaat Massachusetts. Sie Beisitzerin im Bundesvorstand der Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter brandmann@julius.de

MITEINANDER SPRECHEN



Überall in Europa wächst die Zustimmung für sogenannte Rechtspopulisten. In den USA wird ein Reality-TV-Star zum Präsidenten gewählt und die Demokraten aller Länder stehen fassungslos daneben. Dabei sind Ursachen und Gegenmaßnahmen doch so offensichtlich wie selten.

Ist jemand, der sich sozial verlassen und von der ausführenden Politik nicht mehr verstanden fühlt und nun die Lösung seiner persönlichen Sorgen in einer Partei am rechten Rand sucht, wirklich unmoralisch? Oder ist nicht eher derjenige unmoralisch, der ihn aus eigenem arroganten Selbstverständnis heraus als unmoralisch bezeichnet?

Verständnis entwickeln, Kommunikationsproblem lösen

Es kann doch nicht sein, dass die Schuld am Aufstieg von Parteien und Personen, deren Forderungen den gesellschaftlichen Wertekanon angreifen, ausgerechnet beim Wähler gesucht wird. Denn die Quelle der populistischen Bewegung

in der Wählerschaft zu suchen, löst, wie immer, wenn in der Politik nur die Symptome bekämpft werden, selbstverständlich nicht das Problem. Und somit ist es sicherlich nicht hilfreich, eben diese Wähler etwa als ein Potential von „18 bis 20 Prozent durchgeknallter Rechtsradikaler“ zu stigmatisieren, da so gerade die Menschen, die sich eh schon politisch vergessen fühlen, noch weiter ins Abseits gedrängt werden.

Stattdessen wird es Zeit, endlich Ursachenforschung zu betreiben und dann vor allem auch zur Selbstkorrektur bereit zu sein. Wir dürfen es uns nicht so einfach machen, die gesamte Problematik nur auf Islamophobie herunter zu brechen. Denn die Ursachen sind doch keine neuen Phänomene, die etwa erst durch die Flüchtlingswelle entstanden wären. Politische Entfremdung. Politikverdrossenheit. Statusangst. Ablehnung des Modernisierungsprozesses. Alles seit Jahren bekannt.

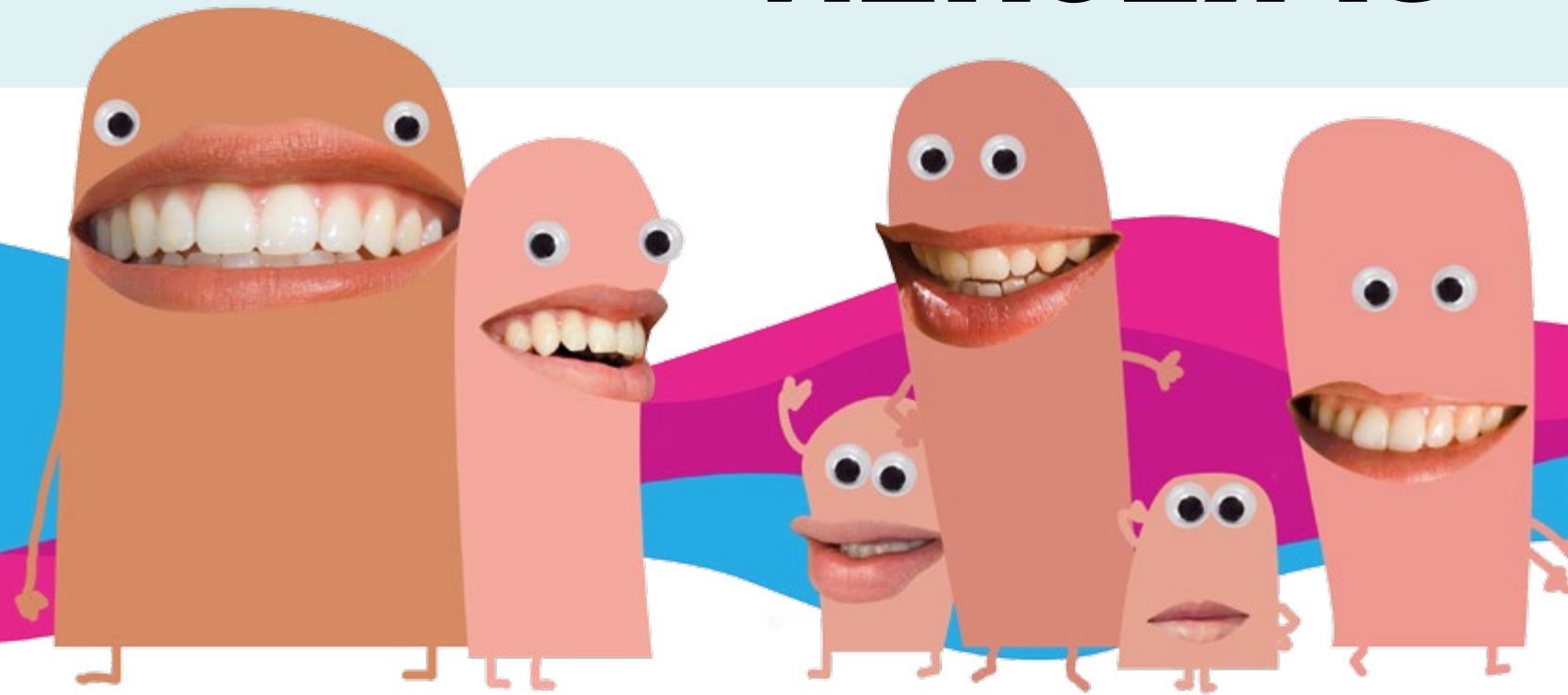
Es liegt doch auf der Hand, dass es

sich bei der Unterstützung von Postfaktikern zu meist um einen Schrei nach Aufmerksamkeit handelt. Liegt es dann nicht auch auf der Hand, alles daran zu setzen, dieses Kommunikationsproblem zwischen dem politischen „Establishment“ und weiten Teilen der Bevölkerung schnellstmöglich zu lösen?

Mehr Diskurs wagen, mehr zuhören

Barack Obama forderte die Menschen in seiner Abschiedsrede dazu auf, sich nicht in eine „Blase Gleichgesinnter“ zurückzuziehen. Diese „Blasen“, die mittlerweile auch analog immer häufiger zur Realität werden, können nur überwunden werden, indem man gerade diejenigen mit abweichenden Meinungen respektvoll und auf Augenhöhe gegenübertritt. Anstatt also überheblich mitleidig auf die Menschen zu schauen, die von der Komplexität der politischen Ereignisse überfordert und daher besonders anfällig für Banalisierungen, emotionale Narrative oder gemeinsame Feindbilder sind, sollte man mehr Diskurs wagen mehr zuhören und jene von der Unwahrheit der propagierten Verschwörungstheorien überzeugen.

MITEINANDER SPRECHEN



Dazu gehört auch, die „durchgrünte“ Symbiose der Großen Koalition aufzulösen und sich voneinander abzugrenzen, damit die Vielfalt der Gesellschaft wieder durch demokratische Parteien abgebildet werden kann. Natürlich müssen sich dahingehend auch die Medien hinterfragen. Es darf nicht immer zu viel Wortklauberei betrieben werden, sobald ein Politiker mal klare Kante zeigt. Ansonsten darf sich nämlich am Ende auch niemand wundern, wenn der Eindruck von Hinterzimmerpolitik entsteht und in der Öffentlichkeit ausschließlich zwar politisch vollständig korrekte und Einigung symbolisierende, dafür aber auch nicht besonders inhaltschwangere Floskeln vorgetragen werden.

Wahlrecht verpflichtet

Aber Kommunikation ist keine Einbahnstraße. Es bedarf genauso auch einer Repolitisierung derer, die sich der Politik abgewendet haben. Politisches Desinteresse ist in dem heutigen Ausmaß in einer Demokratie nicht akzeptabel. Möglicherweise kann ja das Aufkeimen von

Populismus und Postfaktizismus zum Auslöser für ein ganz neues Demokratieverständnis werden. Ganz nach dem Motto „Wahlrecht verpflichtet“ sollte politische Bildung, etwa in Praktika oder Kursen vor dem Eintritt ins wahlberechtigte Alter, in einem gewissen Rahmen gesetzlich bindend sein. Denn ab einem bestimmten Grad an politischem Grundwissen, wäre es den Parteien dann auch wieder möglich, mit fairen Mitteln um die Gunst des Wählers zu werben.

Sobald diese Kommunikationsbarrieren zwischen politischer Elite und der Wählerschaft überwunden sind, muss sich eine Demokratie nicht mehr vor Populismus fürchten. Statt mit idealisierten Vergangenheitsvorstellungen kann so nämlich den berechtigten Zukunftsängsten der Menschen mit Optimismus und Zuversicht entgegnet werden.

Zeit für große Politik

Demzufolge muss allerdings auch, um es mit den noch immer aktuellen Worten von Altbundes-

präsident Roman Herzog auszudrücken, „durch Deutschland ein Ruck gehen“, um eine klare Vision zu entwickeln, wie eine globalisierte und digitalisierte Gesellschaft aussehen kann. Und deshalb ist liberale Zukunftsorientierung die Antwort auf destruktiven Ultrakonservatismus. Lasst uns also mit Lösungsvorschlägen auf die persönlichen Ängste der Menschen reagieren. Und lasst uns so die Büchse der Pandora ein zweites Mal öffnen. Denn das ist, was neben Wut und Hass in unserer Gesellschaft fehlt: Hoffnung.



NIKOLAI THEDE (19 Jahre) studiert Mathematik an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

Ihr erreicht ihn unter nikolaitheide@hotmail.com

Was heißt das eigentlich?

Immer öfter wird Liberalismus mit Beliebigkeit gleichgesetzt. Um einem derart pervertierten Verständnis etwas entgegenzusetzen, lohnt es sich zu fragen, welche konkreten Prinzipien aus

LEBEN UND LEBEN LASSEN

Solange es anderen nicht schadet, soll jeder nach seiner Façon selbstbestimmt glücklich werden können. Dieses Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung ist der Kern liberalen Gedankenguts. Was ich esse, wo ich wohne, wen ich liebe, was ich kaufe oder verkaufe, wie ich mich fortbewege, welche Autoren ich lese, ob ich an mich weder der Staat, noch jedermanns eigene Sache. Und Recht, uns diesbezüglich zu bevormunden, zu lenken, zu kontrollieren oder zu überwachen. Die Freiheit eines Einzelnen ist jedoch nicht absolut. Sie endet, wo diese Freiheiten und Rechte anderer beginnen. Erst wenn diese Grenze überschritten wird, darf und muss ein Rechtsstaat in Gesellschaft und Wirtschaft eingreifen, um faire Spielregeln für alle zu garantieren.

INDIVIDUUM

Der einzelne Mensch soll immer Grund und Grenze jeder politischen Entscheidung sein. Für Liberale ist das keine hohle Phrase, sondern wesentlicher Bestandteil unserer DNA. Kollektivistische Sichtweisen vereinen völkische und kommunistische Ideologien gleichermaßen. Die einen sehnen sich nach ethnisch und religiös homogenen Gruppierungen. Die anderen hoffen auf den Klassenkampf und das Gleichschritt marschierende und denkende Gesellschaft. Gemein ist solchen Klassenkampf und eine verurteilt und gewinnen dennoch wieder an Strahlkraft. Solche Ideen waren in der Geschichte der Minderheit für Liberalen halten dem die Faszination der Vielfalt entgegen. Jeder Mensch ist in seiner Einzigartigkeit anders. Wer behauptet, dass alle Menschen an sich gleich sind oder sein sollten, irrt ganz offensichtlich. Wohl aber sind alle Individuen an Rechten und Freiheit gleich. Diese Diversität an Lebensentwürfen bei gleichzeitiger Gleichberechtigung ist die wahre Stärke einer liberalen Gesellschaft.

BILDUNG

Bildung ermöglicht Chancen, lässt uns kritisch hinterfragen und kreativ werden. Damit ist sie essenziell für den Fortbestand unserer Demokratie, für unseren Wohlstand und unsere Freiheit. Vor allem ist sie Grundlage für die Möglichkeit zum Aufstieg und zur Gestaltung eines selbstbestimmten, freien Lebens. Dabei nimmt sie gerade bei Liberalen einen derart hohen Stellenwert ein, wie bei keiner anderen politischen Richtung. Den jungen Generationen gehört die Zukunft; sie sollen weltbeste Bildung genießen dürfen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Nur so ist es möglich verkrustete Strukturen aufzubrechen und Neues zu erschaffen.



ROLAND REIF (20) studiert Wirtschaftsinformatik und sitzt für die Presse im Vorstand der JuLis München. In seiner Freizeit engagiert er sich bei verschiedenen Projekten für die europäische Integration und für gute transatlantische Beziehungen. Ihr erreicht ihn unter roland.reif@julis-muenchen.de

der liberalen Grundüberzeugung ableitbar sind. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder universelle Gültigkeit sind für mich die folgenden Schlagwörter untrennbar mit dem Begriff „liberal“ verbunden.

EUROPA

Vor einem Vierteljahrhundert schlug die Stunde der Freiheit in Europa. Eine Mauer wurde zu Fall gebracht und ein Vorhang, der unseren Kontinent geteilt hatte, wurde eingerissen. Diktaturen wurden zu Demokratien und die durch den Kommunismus zerschundenen Völker Osteuropas begannen die frische Luft der Marktwirtschaft zu atmen. Die europäische Integration hat sich trotz aller Krisen und Probleme als gigantisches Friedens- und Freiheitsprojekt behauptet, das unseren Wohlstand und unsere Sicherheit unverzichtbar ist. Populistische Rattenfänger von Links und Rechts locken mit Versprechungen von Geborgenheit und der Ablehnung von Grenzschranken und der Ablehnung von Freihandel. Doch die Lösungen für die Krisen unserer Zeit können nicht im Wiedererichten von Grenzzäunen und der Ablehnung von Freihandel liegen. Statt unser gemeinsames Haus Europa zum Einsturz zu bringen, wollen wir es verbessern und krisenfest machen.

RECHTSSTAAT

Unverletzliche und unveräußerliche Grund- und Menschenrechte zählen zu den größten liberalen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. Darauf dürfen wir stolz und dafür können wir dankbar sein. Statt unsere Grundfreiheiten und rechtsstaatlichen Prinzipien im Namen vermeintlicher Sicherheit aufzugeben, stehen Liberale – gerade wenn es hart auf hart kommt – entschlossen zur Freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Unantastbarkeit menschlicher Würde ist nicht verhandelbar.

AUFBRUCH

Wer immer nur Angst vor der Zukunft hat, verpasst die Chance, sie mitzugestalten. Während sich Globalisierungsgegner zurück in die gute alte Zeit sehnen, treten Liberale optimistisch und mutig an Herausforderungen heran um an ihnen zu wachsen. Dieses Lebensgefühl lässt sich auf politische Freiheit übertragen.

LEISTUNG

Was Perikles bereits vor 2500 Jahren postulierte, gilt für uns bis heute: Nicht Herkunft, sondern Leistung; nicht Hautfarbe oder Geschlecht, sondern Worte und Taten sollen über die Zukunftsaussichten eines Menschen entscheiden. Leistung meint dabei weit mehr als Arbeit pro Zeit. Wir verstehen das auch Kreativität, Neugierde, Durchhaltevermögen, Engagement, die Bereitschaft neue Wege voranzubringen.

Leistungsbereitschaft braucht Freiheit und Leistung muss sich lohnen. Ohne die Freiheit eigene Ideen verwirklichen zu können bleiben diese Ideen Hirngespinnste, statt zur Realität zu werden. Wer aber diese Freiheit nutzt, darf bei Erfolg die Früchte der eigenen Arbeit ernten. Ebenso muss er bei einem Scheitern die Verantwortung für sein Handeln übernehmen und die Konsequenzen tragen. Leistungsungerechtigkeit kann nicht ohne Chancengerechtigkeit und die Konsequenzen tragen. Kindern aus benachteiligten Familien Chancen zum Aufstieg ermöglichen, indem wir gerade

gestellungen übertragen. Statt immer an der Vergangenheit zu hängen, wollen Liberale Politik für die Zukunft machen. Deshalb kämpfen wir so entschieden für eine gerechten Generationen geht. Deshalb wollen wir Start-ups und Gründertegeist fördern. Deshalb haben wir keine Angst vor neuen Technologien.

Ein Update für die Meinungsfreiheit



Demokratie lebt von der Vielfalt der Meinungen und dem Primat des besseren Arguments. Um beides steht es in Deutschland derzeit nicht zum Besten. Ein Plädoyer für gelebte Meinungsvielfalt und mehr Rationalität im politischen Diskurs.

Als sich der Kabarettist Dieter Nuhr im Sommer 2015 dazu entschied, das kurz zuvor stattgefundene griechische Referendum über die Kreditbedingungen der Eurogruppe zu kommentieren, ahnte er vermutlich noch nicht, in welches Wespennest er damit stechen würde. Nuhr postete unter seinem Facebook-Profil den folgenden an sich harmlosen Zweizeiler: „Meine Familie hat demokratisch abgestimmt. Der Hauskredit wird nicht zurückgezahlt. Ein Sieg des Volkswillens!“ Damit hatte er mit den Mitteln der Satire durchaus gekonnt und pointiert einen klar vorhandenen absurden Aspekt des vorausgegangenen Referendums offengelegt. Wie sinnig ist schon ein derartiges Votum, wenn über die Rückzahlung eines Kredits lediglich die Schuldner entscheiden? Natürlich kann man Nuhrs Scherz angesichts der wirtschaftlich prekären Lage für weite Teile der griechischen Bevölkerung auch für weniger gelungen halten. Die Art

und Weise, wie sich die Kritik daran Bahn brach, war jedoch einigermaßen erschreckend. In den sozialen Medien wurde Nuhr von tausenden Nutzern diffamiert, beleidigt und beschimpft. Seine Äußerung hatte Deutschlands bekanntesten Kabarettisten also geradewegs ins Auge eines veritablen Shitstorms befördert, über den anschließend bundesweit medial Bericht erstattet wurde.

Der Vorfall zeigt anschaulich zwei Entwicklungen, die exemplarisch für den derzeitigen Zustand der deutschen Debattenkultur stehen. Erstens fehlt es vielen Diskutanten an der notwendigen Toleranz gegenüber Andersdenkenden und abweichenden Meinungen. Diese ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für einen fruchtbaren und produktiven Ideenaustausch. Zweitens werden Debattenbeiträge oftmals zuallererst unter moralischen Gesichtspunkten beurteilt, und nicht – wie es vernünftig wäre – nach der Qualität der Argumente und dargelegten Fakten. Auch gut begründete Positionen, die sich mit der vorherrschenden moralischen Wertestruktur beißen, rufen oftmals eher persönliche Angriffe oder affektive Ablehnung anstelle einer wünschenswerten inhaltlichen Auseinandersetzung hervor.

Die Meinungslandschaft darf nicht zur Monokultur verkümmern

Das Problem mangelnder Toleranz und steigender Respektlosigkeit ist zuallererst ein Phänomen des Internets, wirkt von dort aber natürlich in die Gesellschaft hinein. Und natürlich hört das Problem nicht bei

den unschönen Beleidigungen selbst auf. Wer nämlich fürchten muss, auch für vernünftige Beiträge postwendend niedergemacht zu werden, der hält im Zweifelsfall lieber den Mund. Es ist bezeichnend, dass selbst Wortakrobaten wie Dieter Nuhr der verbalen Auseinandersetzung – zumindest bei Facebook – nun öfter aus dem Weg gehen, wie er bei einem kürzlich veröffentlichten Interview zugab. Aus individueller Sicht mag diese praktizierte Selbstzensur nachvollziehbar sein, für das gesellschaftliche Meinungsklima insgesamt ist sie jedoch höchst schädlich. Denn es sind gerade Stimmen außerhalb des Mainstreams, die am ehesten dazu in der Lage sind, wirklich neuartige Einsichten und Erkenntnisse zu liefern. Nur Binsen und Selbstverständlichkeiten provozieren keinen Widerspruch. Unterbleiben aber solche kontroversen Impulse, dann degeneriert eine blühende Meinungslandschaft schnell zu einer trostlosen Monokultur. Diese wiederum bereitet dann den Boden für Populisten und Vereinfacher, die mit dem gezielten Tabubruch auf Wählerfang gehen.

Fakten statt Moral

Muss man also jeden Urheber unkonventioneller Positionen mit Samthandschuhen anfassen? Natürlich nicht. Wer lediglich stumpfe Parolen äußert, der sollte auch eine klare Antwort erhalten. Entscheidendes Kriterium sollte sein, ob der politische Standpunkt durch eine solide Argumentation und eine entsprechende Faktenlage gedeckt ist. Damit kommen wir dann aber zu unserem zweiten angesprochenen Problem. Man muss nämlich nicht in den Chor jener einstimmen, die von angeblichen Denk- und Redeverböten sprechen, um festzustellen, dass es Argumente, die auf rationalen Erwägungen beruhen, oftmals schwer haben, im Diskurs überhaupt durchzudringen. Allzu oft liegt die Deutungshoheit bei denjenigen, die vom Standpunkt einer scheinbar überlegenen Moral argumentieren. Wer beispielsweise – gut begründet – den Mindestlohn für schädlich, die Mietpreisbremse für wirkungslos oder Quotenregelungen zum Abbau von Ungerechtigkeiten für ungeeignet hält, der befindet sich sogleich in der moralischen Defensive. Niemand möchte aber gerne mit den Etiketten „unmoralisch“ oder „unsozial“ belegt werden. Eine vernunftgeleitete Auseinandersetzung wird dabei umso schwieriger, je emotionsbeladener das diskutierte Thema ist. Im Extremfall kommt es zu einer völligen Abkehr von nüchternen Erwägungen und faktenbasierter Argumentation. Spätestens dann verdient der Diskurs das Attribut „postfaktisch“.

Doch selbst wenn die relevanten Fakten auf den Tisch kommen, ist dies nicht gleichbedeutend mit dem automatischen Sieg des besseren Arguments. Die Verhaltensökonomik lehrt uns, dass es vielen Menschen schwer fällt, sich im Lichte neuer Erkenntnisse von lieb gewonnenen Überzeugungen zu trennen. Oder

man findet ganz einfach Gefallen an einer bestimmten Position, auch wenn diese im Widerspruch zu den beobachteten Fakten steht. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Bryan Caplan bezeichnet dies als „rationale Irrationalität“. In der Konsequenz führen aber sowohl der übermäßig moralisierende Diskurs als auch die Negierung von Fakten zum gleichen Ergebnis. Wer nämlich aus irrationalen Erwägungen oder auf Basis falscher Informationen seine Wahlentscheidung trifft, der unterstützt im Zweifel unsinnige oder nicht funktionierende Politikvorschläge.

Die Verantwortung des mündigen Bürgers

Wo aber findet man Ansatzpunkte, um die politische Diskussionskultur wieder zurück in die Spur zu bringen? Von Seiten der Politik darf man hier nicht zu viel erwarten. Zwar kann versucht werden, Beleidigungen auch im virtuellen Raum konsequenter zu ahnden und gegen Desinformation und Fake-News vorzugehen, eine Haltung der Toleranz und des Respekts kann aber niemandem per Gesetz verordnet werden. Eine zumindest unterstützende Rolle können sicher die konventionellen Medien spielen, indem sie darauf achten, ein möglichst breites Spektrum an Positionen zu Wort kommen zu lassen und schwierige Themen verständlich aufbereiten. Den größten Teil der Verantwortung trägt aber sicherlich der mündige Bürger selbst. Es liegt nämlich in der eigenen Verantwortung, welche Beiträge man verfasst oder teilt und wie willens man ist, sich neuen Positionen gegenüber offen und lernbereit zu zeigen. Natürlich ist das mitunter mühsam und mit einigem Aufwand verbunden. Wem das allerdings zu anstrengend erscheint, für den hat passenderweise wieder Dieter Nuhr einen wegweisenden Ratschlag parat: „Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal die Klappe halten!“



MATTHIAS VERBECK (29) arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Volkswirtschaftslehre an der Universität Marburg und ist Mitglied der Jungen Liberalen in Rheinland-Pfalz. Ihr erreicht ihn unter matthias.verbeck@gmail.com



DENNIS STURM (28) ist Gründer und Vorsitzender von Charity-Event e.V. sowie des Unternehmens STC GmbH. Er studierte Finanzökonomie an der European Business School und legte einen juristischen Master an der WWU in Münster ab. Ihr erreicht ihn unter mail@dennis-sturm.de

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55 -22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Laura Schieritz (schieritz@julius.de)

Autoren:
Franziska Brandmann, Simon Hartmann, Kevin Heidemann, Yannik Hoppe, Florian Kuhl, Andreas Lehrfeld, Daniel Maurer, Tristan Pressler, Roland Reif, Alice Schmidt, Katharina Schreiner, Mitja Schulz, Dennis Sturm, Nikolai Thede, Matthias Verbeck, Yasmin Wienegge, Stefan Wolf

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schieritz@julius.de schicken.

Bildnachweise
S. 4/5: iStockphoto.com/ ONIONstudio
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



